

Beschluss Für ein klimaneutrales Hamburg!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

Antragstext

Der Klimawandel hat verheerende Auswirkungen auf das Klimasystem und die Ökosysteme, auf denen unser Leben und das der vielen anderen Lebewesen beruht. Dass sich die Klimakatastrophe von Jahr zu Jahr, Monat zu Monat, von Tag zu Tagzuspitzt, ist nichts Neues, für niemanden von uns. Dass etwas getan werden muss, damit wir nicht mit 180 gegen die Wand fahren, auch nicht. Den Klimawandel auf unter 1,5 Grad zu begrenzen, ist in jedem Fall günstiger, ökonomischer und sinnvoller, als den Klimawandel weiter voranzutreiben.

Als Grüne Jugend haben wir den Anspruch, den Klimawandel auf eine Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur von 1,5 Grad zu begrenzen. Es müssen alle Hebel der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft in Gang gesetzt werden, damit wir dieses Ziel erreichen. Die Politik hat viel zu lange auf der Bremse gestanden und steht es noch immer.

Daher fordern wir, dass Hamburg bis spätestens 2035 klimaneutral wird.

Ein System, das auf permanenter Expansion, Wirtschaftswachstum und Naturausbeutung basiert, kann nicht nachhaltig werden. Auch die wachsende soziale Ungleichheit und schlechte Arbeitsbedingungen sind Symptome dieses Systems. Um den Klimawandel aufzuhalten, braucht es einen Systemwandel, eine sozial-ökologische Transformation zu einer Gesellschaft jenseits des Wachstums.

Die absolute Senkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen mit anderen sinnvollen Zielen kombiniert werden, zum Beispiel mit den Zielen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Zeit, mehr Glück, Demokratisierung der Gesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Abbau oder Abschaffung von Diskriminierungen.

Das Ziel des Wirtschaftens sollte nicht die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts sein, sondern die hier angegebenen Ziele.

Wir müssen unsere Gesellschaft so wandeln, dass ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen möglich wird.

Um jetzt unsere Lebensgrundlagen zu schützen, muss auch Hamburg seinen Beitrag leisten. Die bisherigen Klimapläne sowie das Klimaschutzgesetz der Stadt Hamburg sind unzureichend, um die Klimaziele zu erreichen. Die Grüne Jugend unterstützt den Hamburger Zukunftsentscheid. Wir fordern den Hamburger Senat auf, die vorgeschlagenen Änderungen am Hamburger Klimaschutzgesetz nun umzusetzen! Hier muss sich an einem CO₂-Budget orientiert werden, um die Klimaziele zu verschärfen und anzupassen. Damit diese Ziele eine Wirkung haben, müssen sie ständig evaluiert und Zwischenstände miteinbezogen werden. Beim Klimaschutzgesetz muss ein Fokus auf die soziale Abfederung gesetzt werden. Das Klimageld muss endlich bundesweit eingeführt werden! Wenn das weiterhin ausbleibt, muss Hamburg eine landeseigene alternative Lösung finden. Wir fordern die Grünen und den Hamburger Senat auf, den Klimaplan entsprechend dem neuen Klimaschutzgesetz und dem Ziel der Klimaneutralität 2035 zu überarbeiten.

Energie

50 Es liegt in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger*innen,
51 sicherzustellen, dass wir unseren Energieverbrauch als Gesellschaft senken, denn
52 hier bestehen hohe Einsparpotentiale. Ein Klimageld kann zusätzlich zur sozialen
53 Abfederung dafür sorgen, dass es uns ermöglicht wird auch ohne Einbußen im
54 Geldbeutel, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen und ist deshalb essentiell
55 für Klimaschutz im Interesse der Mehrheit.

56 Mobilität

57 Im Bereich Mobilität hat Hamburg große Einflussmöglichkeiten auf die
58 Verkehrsinfrastruktur und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs. Eine
59 Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs hat eine direkte Auswirkung auf die
60 Lebensqualität der Menschen und das Klima. Es müssen Mobilitätsmöglichkeiten für
61 alle geschaffen werden. Um dies zu gewährleisten, müssen die Arbeitsbedingungen
62 im Nahverkehr verbessert werden und der Staat muss Geld in die Hand nehmen, um
63 die Infrastruktur weiter auszubauen. Die Klimatransformation darf nicht auf dem
64 Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Es braucht eine Verdopplung des
65 öffentlichen Nahverkehrs und gute Arbeitsbedingungen!
66 Es braucht darüber hinaus Maßnahmen, um die Fahrradinfrastruktur auszubauen.
67 Fahrrad fahren muss für alle subjektiv und objektiv sicher sein.